

## Balkanische Opfermythen

Die Waadtländer Zeitung «La Nation» wird wegen Leugnung des Völkermords an den Bosnjaken angeklagt. Das dient der Vergangenheitsbewältigung. Von Martin Woker

Kriege beginnen mit Propaganda, und sie enden damit. Im Falle der Waadtländer Zeitung «La Nation», des Organs der rechtskonservativen Ligue Vaudoise, wurde die propagandistische Nachbearbeitung der Konflikte im auseinanderfallenden Jugoslawien vorgenommen. Offensichtliches Ziel dabei war es, «dem medialen Lynchenden der Serben» Einhalt zu gebieten. Was die Autoren zu ihrem Feldzug motiviert hat, ist unklar. Beim Betrachten ihrer verwendeten Quellen fällt auf, dass sie sich teilweise auf Schriften verliessen, die Milosevic Regime aus ideologischen Gründen nahestanden, oder dass sie nach dem Strickmuster funktionierten, wonach der Feind meines Feindes mein Freund ist. Konkret: Wenn Washington und Brüssel gegen ihn sind, müssen wir für ihn sein. Oder stehen die Autoren in jener auch in Deutschschweizer Medien zu beobachtenden Tendenz, wonach alles «gepusht» wird, solange es einem angeblich herrschenden Medien-Mainstream diametral widerspricht?

### Eindeutige Rechtslage

Wie auch immer: Die «Nation» hat mit ihrer Darstellung der Kriege in Bosnien und in Kosovo in grober und unzulässiger Weise die Gefühle der Opfer und ihrer Angehörigen verletzt. Es ist daher richtig, dass zwei Menschenrechtsorganisationen den Fall aufgegriffen haben. Die Frage aber bleibt: Warum soll eine marginale Schweizer Pressestimme vor Gericht Rechenschaft darüber ablegen müssen, wie der kriegerische Zusammenbruch Jugoslawiens zu werten ist? Erstens, weil das Massaker von Srebrenica vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag als Völkermord klassiert wurde. Srebrenica als Pseudomassaker darzustellen, ist gerichtlich einklagbar, sehr zu Recht, wie alle wissen, die sich ernsthaft mit dem traurigen Thema befassen haben.

Zweitens, und das fällt angesichts des beträchtlichen hiesigen Bevölkerungsanteils aus dem ehemaligen Jugoslawien ins Gewicht, darf es nicht egal sein, wie in der Schweiz die Geschehnisse im jüngsten Balkankrieg öffentlich gewertet und interpretiert werden. Die im Laufe der Jahre entstandenen persönlichen Kontakte mit Bewohnern des einstigen Tito-Staats haben zu einer oralen Weiterverbreitung von balkanischen Kriegs- und Opfermythen geführt. So kann etwa der serbische Hausabwart im Kreise einer gutmeinenden schweizerischen Zuhörerschaft allen Ernstes versichern, während des Zweiten Weltkriegs seien in dem von den kroatischen Ustascha-Faschisten geführten Konzentrationslager Jasenovac weit über eine Million

Serben ermordet worden. Er wisse das darum, weil sein Grossvater unter den Opfern sei. Das müsse bekannt sein, um die jüngsten Kriege zu verstehen.

Soll man, als satter und von Krieg verschonter Schweizer, dem sympathischen Abwart entgegenhalten, er sei, was die Opferzahl betrifft, einem Propagandamythos aufgesessen? Man tut es schliesslich nicht, und das Gespräch endet damit, dass im jüngsten Krieg alle, also Serben, Bosnjaken, Albaner und Kroaten, Unrecht begangen hätten und die Schuld am Ganzen, heben wir gemeinsam das Glas, bei den Politikern liege. Die Bilanz ist klar: Es haben alle Dreck am Stecken.

### «Schwamm drüber»

Ganz in diesem Sinne spielt sich derzeit auch auf dem Balkan die Auseinandersetzung mit der gemeinsamen kriegerischen Vergangenheit ab – leider. Es brauchte die Keule der EU-Beitritts-Perspektive, um dem serbischen Parlament unlängst eine halbherzige entschuldigende Erklärung zu Srebrenica abzurufen. Und die vor Wochenfrist in Sarajevo erfolgte Entschuldigung des kroatischen Präsidenten für die Rolle seines Landes im Bosnienkrieg löste in Zagreb ein Geheul der Nationalisten aus. Viele Kosovo-Albaner sehen sich auch elf Jahre nach Kriegsende einzig als Angehörige eines Opfervolks und wollen nicht wahrnehmen, dass auch in ihren Reihen Kriegsverbrecher bis in höchste Staatsämter aufgestiegen sind.

Als EU-Mitglieder würden die jugoslawischen Nachfolgestaaten einvernehmlich koexistieren, behaupten jene Pragmatiker, deren Rezept zur Vergangenheitsbewältigung einfach ist: Schwamm drüber. Sie ignorieren, wie die zerstrittenen Balkanvölker nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Motto der Brüderlichkeit und Einheit zur Integration in die sozialistische Föderation gezwungen wurden. Es kehrte zwar Ruhe ein, doch um den Preis einer Einparteienherrschaft und einer staatlich verordnete Geschichtsinterpretation – ein ideales Biotop für die Tradierung von Opfermythen.

Um die jüngsten Kriege vom Zaun zu reissen, waren jene Mythen zentral. Etwa: Die Bosnjaken wollen einen muslimischen Gottesstaat, also müssen wir bosnischen Serben uns verteidigen. Dank dem Uno-Tribunal liegen ausreichend Belege zur detaillierten Rekonstruktion des Kriegsverlaufs vor. Ein Tätervolk gibt es nicht. Die Schuld ist stets individuell und wird bereits jetzt vermehrt von regionalen Gerichten beurteilt – so wie es für eine echte Vergangenheitsbewältigung unabdingbar ist.

## Vor fragwürdiger Kollektivstrafe für den Finanzsektor

Der IMF rät, die Banken mit Sondersteuern zu belegen, um die Kosten für vergangene und künftige Krisen zu decken. Die Vorschläge wirken unausgegoren. Von Walter Meier

Zurzeit ist es en vogue, die Banken zu verteufeln. Oft wird dem Finanzsektor die ganze Schuld an der Wirtschafts- und Finanzkrise zugeschoben. Obwohl diese Analyse zu kurz greift, ist eine gehörige Mitverantwortung der Banken unbestritten. Wenig dagegen einzuwenden ist daher auch, dass sich die Politik überlegt, wie künftig die vom Finanzsektor ausgehenden Risiken begrenzt werden können. In einer ersten Phase wurde vor allem über eine strengere und effektivere Regulierung diskutiert. Zunehmend werden auch Massnahmen ins Auge gefasst, die Banken mit Sondersteuern zu belegen.

### Unkritisch ausgeführter Auftrag

So hatten denn auch die Staats- und Regierungschefs der G-20-Staaten bei ihrem Gipfeltreffen vom September 2009 den Internationalen Währungsfonds (IMF) aufgefordert, Optionen zusammenzutragen und zu bewerten, wie der Finanzsektor zu einem «fairen und substanziellen» Beitrag angehalten werden könnte, um zur Deckung der staatlichen Kosten bei der Rettung des Finanzsystems beizutragen. Dazu hat der IMF einen Zwischenbericht zuhanden der G-20-Finanzminister – diese werden am Freitag zusammentreten – verfasst, der eigentlich als streng vertraulich klassifiziert war, durch ein Leck über die BBC aber den Weg an die Öffentlichkeit gefunden hat. Um es vorwegzunehmen: Die Equipe des IMF hat sich eng an die Vorgabe der G-20 gehalten und schon gar nicht erst gross hinterfragt, ob eine solche Sonderbelastung sinnvoll ist. Vielmehr hat man den Eindruck, dass man sich in der Argumentation stark der herrschenden Stimmungslage angepasst hat, welche nach einer finanziellen Kollektivstrafe für die Banken ruft.

Im Wesentlichen schlägt der IMF zwei steuerliche Massnahmen zu Lasten der Finanzinstitute vor. Erstens wäre zur Deckung der in der letzten Krise den öffentlichen Haushalten entstandenen Kosten eine Abgabe einzuführen. Hier hält sich der Währungsfonds mit konkreten Vorschlägen zurück, vorab wohl auch, weil die direkten Kosten der Bankenrettung in einigen Ländern erheblich tiefer ausgefallen sind als zuerst befürchtet. Der Blick des IMF richtet sich denn auch vielmehr in die Zukunft. Danach gälte es, zweitens, mit einem sogenannten Finanz-Stabilitäts-Beitrag (Financial Stability Contribution) die künftigen Kosten einer Systemkrise zu reduzieren beziehungsweise vorzufinanzieren.

Hier legt der IMF grossen Wert auf eine Verbindung einer solchen Bankenabgabe mit der Schaffung eines Mechanismus, der die ordentliche Liquidation einer in Not geratenen Bank ermöglicht. Noch werden kaum Details dazu präsentiert, doch sind Schwächen dieses Ansatzes bereits sichtbar.

Eine solche Abgabe, die gemäss IMF über die Jahre Mittel von 2% bis 4% des Bruttoinlandsproduktes aufbringen könnte, kommt dem Aufspannen eines finanziellen Auffangnetzes gleich. Die Annahme, dass grosse Institute keinesfalls fallengelassen würden (too big to fail), würde damit geradezu zur Gewissheit. Solche Finanzunternehmen könnten in diesem Wissen erneut geneigt sein, über-grosse Risiken einzugehen. Eine vorsorgliche Risikoabgabe – man könnte auch von einer Versicherungsprämie sprechen – wäre wohl aller Voraussicht nach mit mehr «moral hazard» verbunden. Gewiss erhofft sich der IMF, dass durch die Einführung eines Liquidations-Mechanismus Aktionäre, Management und Fremdkapitalgeber vermehrt Verlustrisiken ausgesetzt würden, aber noch steht der Beweis aus, wie die Opferlast in einem solchen Verfahren verteilt würde. Die Behörden hätten wohl einen weiten Ermessensspielraum, sowohl was den Zeitpunkt des Eingreifens als auch was die Gestaltung der Opfersymmetrie beträfe. Es darf prophezeit werden, dass ein solcher Prozess erheblichen Pressionsversuchen von verschiedensten Seiten ausgesetzt wäre. Dass das Ergebnis sachgerecht ausfiele, ist wenig wahrscheinlich.

### Systemwidrige Sippenhaftung

Auch ist ungewiss, wie solche Abgaben risikogerecht gestaltet werden könnten. Der IMF sieht hier wohl ebenfalls Probleme, schlägt er doch in einer ersten Phase eine einheitliche Belastung der Banken vor. Dies läuft aber wie bei der Einlagenversicherung auf eine Sippenhaftung hinaus; vorsichtig handelnde Banken müssten für das fehlende Risikobewusstsein anderer Institute einstehen. Dies setzt falsche Anreize. Ganz generell sind die Vorschläge des IMF vom Gedanken durchdrungen, der Staat könne das Verhalten der Finanzinstitute durch steuerliche Eingriffe feinsteuern. Dabei wären mehr Eigenmittel ein viel einfacheres und systemgerechteres Instrument dazu; für die Fehler einer Bank müssten dann vorab deren Aktionäre büssen und nicht auch seriöse Konkurrenten.

## Der neue Untergang Roms – Europa vor der Demografie-Krise

Generationen von Schulkindern haben gelernt, dass die europäische Geschichte mit Athen und Rom beginnt. In Zukunft wird ihnen ebenfalls beigebracht werden, dass an diesen Orten auch das Ende Europas seinen Anfang nahm. Denn Europa steht nicht nur vor der Schuldenkrise, sondern auch vor der Demografie-Krise. Von Oliver Marc Hartwich

Griechenlands Haushaltskrise zeigt, dass die Haltbarkeitsfrist des allumsorgenden Fürsorgestaats abgelaufen ist. Es ist nicht so, dass Europas Politiker keine Wohltaten mehr versprechen wollen. Sie können solche Versprechen aber aufgrund fehlender Finanzierbarkeit nicht mehr halten. Athens finanzpolitische Nahtoderfahrung ist ein Vorgeschmack darauf, was den meisten europäischen Staaten in den nächsten Jahren noch bevorsteht.

Allerdings zeichnet sich ein noch viel grösseres Problem am europäischen Horizont ab. Die Rede ist vom demografischen Erdbeben, das die Fundamente der europäischen Gesellschaft erschüttern wird. Um dessen erste Erschütterungen zu fühlen, bietet sich ein Besuch in Italien an.

### Ergraute Nation der Bambini

Das Klischee von Italien ist das des «bel paese». Dazu gehört die Vorstellung der italienischen Familie, in der stets eine resolute Mama ihre zahlreichen Bambini im Griff hat. Doch diese typisch italienische Familie ist mittlerweile nur noch ein Stück nostalgischer Folklore. Europa wird immer älter, aber Italien ist seinen Nachbarn diesbezüglich weit voraus. Im Jahr 2005 betrug das Durchschnittsalter in Europa 38,9 Jahre. Zum Vergleich: In Nordamerika waren es im Schnitt nur 36,3 Jahre, in Asien 27,6 Jahre und in Afrika gar nur 19,0 Jahre. Italien spielt mit seinem Durchschnittsalter von 42,3 Jahren demgegenüber in einer ganz anderen Liga. Die Nation der Bambini ergraut.

Wenn man es positiv sehen möchte, dann kann man feststellen, dass Italiener weltweit mit die höchste Lebenserwartung haben: 78 Jahre für Männer und stolze 84 Jahre für Frauen. In der italienischen Lebensart muss es etwas geben, das höheren Lebenserwartungen zuträglich ist. Es mag daran liegen, dass Italiener sich nicht allzu viele Sorgen um die Zukunft machen, auch wenn sie durchaus Anlass dazu hätten. Die hohe Lebenserwartung ist jedenfalls nicht der wichtigste Faktor hinter der gesellschaftlichen Alterung. Der eigentliche Grund ist die abnehmende Fertilität.

Italien war tatsächlich einmal ein Land mit vielen Kindern. Noch 1964 hatten italienische Frauen durchschnittlich 2,7 Kinder. Seit den siebziger Jahren ist dieser Wert eingebrochen. Heute liegt er bei etwa 1,3 und damit deutlich unter jenem Level von 2,1 Kindern, der zur Bevölkerungserhaltung nötig ist. Warum die Fruchtbarkeit in Italien so sehr gefallen ist, darüber lässt sich trefflich streiten. Kulturpessimisten wie Theodore Dalrymple lamentieren, dass moderne Europäer ihren materiellen Lebensstandard höher gewichten als alles andere. Jüngst schrieb er, dass Kinder den unmittelbaren Konsumwünschen der jungen Erwachsenen im Wege ständen und somit quasi gegen Fernreisen in exotische Länder eingetauscht würden.

Dass geringe Fertilität und materielle Lebensumstände etwas miteinander zu tun haben, ist nicht von der Hand zu weisen. Allerdings liegen die Dinge anders als von Dalrymple angenommen. Mit materialistischer Gier hat die wachsende Kinderlosigkeit nicht unbedingt etwas zu tun.

Eine Umfrage unter Frauen im Alter von 25 bis 39 Jahren in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ergab, dass es kein Land mit so vielen kinderlosen Frauen gibt wie Italien. Gleichzeitig zeigte die Untersuchung aber auch, dass der Anteil der Frauen ohne Kinderwunsch in Italien viel niedriger ist als in anderen Ländern.

### Selber über die Runden kommen

Das Paradoxon kann erklärt werden, wenn man sich die Lebensumstände der jungen Italiener vor Augen führt. Sie mögen immer noch in einem der wohlhabendsten (und schönsten) Länder der Welt leben, aber das Dolce Vita ist für sie zu einem unbezahlbaren Traum geworden.

Mieten in den Städten sind hoch, gute Jobs aber Mangelware. So wundert es wenig, dass junge Italiener immer länger bei ihren Eltern wohnen, teilweise bis Anfang dreissig. Von den 24- bis 29-Jährigen leben fast 62 Prozent im «Hotel Mama». Von diesen wiederum verdienen zwei Drittel weniger als 1000 Euro im Monat. Solche Italiener können sich eine Familiengründung kaum leisten. Sie haben genug damit zu tun, irgendwie über die Runden zu kommen.

Doch selbst wenn es gelänge, die Lage der jungen Generation zu verbessern und die Fertilität deutlich zu steigern, so liesse sich doch der Alterungs- und Schrumpfungprozess der italienischen Bevölkerung nicht mehr aufhalten. Dafür sind die Bremspuren der Demografie zu lang. Die Mütter,

die heute benötigt würden, sind vor einer Generation nicht geboren worden. So ist es absehbar, dass Italien bis 2030 um zwei Millionen Einwohner schrumpfen wird. Gleichzeitig steigt das Medianalter auf über 50 Jahre an. Es braucht keine Phantasie, sich auszumalen, was das für den bereits heute stark verschuldeten italienischen Staat bedeutet. Sollte der Euro bis dahin überleben, wird ihm Italiens programmierte Demografie-Krise den Todesstoss versetzen.

Im europäischen Kontext sind die Italiener am weitesten fortgeschritten im demografischen Wandel. Aber andere Nationen wie Deutschland, Spanien oder auch Frankreich erleben ähnliche gesellschaftliche Umwälzungen.

Für die längste Zeit der Nachkriegsgeschichte hatten die Westeuropäer geglaubt, sie hätten sich einen bequemen, sicheren und wohlhabenden Kontinent geschaffen. Wie die griechische Krise gerade demonstriert, wurde dies mit laufenden Staatsdefiziten finanziert. Es ist jedoch die gesellschaftliche Alterung und Schrumpfung, die aus der Krise der öffentlichen Haushalte endgültig eine Schuldenkatastrophe machen wird.

Der Untergang des modernen Europa begann in Griechenland und Italien. Wenn italienische Schulkinder diese Lektion in Zukunft nicht lernen werden, dann nur deshalb, weil es dann kaum noch Bambini zu unterrichten geben wird.

Oliver Marc Hartwich ist Research Fellow am Centre for Independent Studies in Sydney, Australiens grösstem unabhängigen Think-Tank. Daneben ist er Kolumnist von [www.businessspectator.com.au](http://www.businessspectator.com.au).